

**Dokumentation der  
Informationsveranstaltung „Hochwasserschutz am Niederrhein“  
am 18. Oktober 2005, im Kreishaus Wesel, Raum 008,  
Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel**

**Beginn: 15.00 Uhr**

**Ende: 18.50 Uhr**

**Moderation: Landrat Dr. Ansgar Müller**

**Teilnehmer/innen: - siehe beigefügte Anwesenheitsliste -**

**Begrüßung und Einführung:**

Landrat Dr. Ansgar Müller begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und führte in die Thematik ein wie folgt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,  
zu unserer heutigen Informationsveranstaltung „Hochwasserschutz am Niederrhein“ hier im Kreishaus Wesel begrüße ich Sie sehr herzlich. Ich freue mich sehr, dass neben den zahlreichen Experten aus den verschiedensten Fachbehörden und –institutionen auch so viele Interessierte, nicht nur aus dem kommunalen Bereich und der Politik, sondern insbesondere auch aus bürgerschaftlichem Engagement meiner Einladung gefolgt sind und heute zu uns ins Kreishaus gekommen sind. Ziel dieser Veranstaltung ist, anknüpfend an die gemeinsam erzielten Ergebnisse des Runden Tisches im letzten Jahr, nunmehr zu erfahren, was hiervon zwischenzeitlich umgesetzt werden konnte und was sich seitdem an neuen Erkenntnissen zum Thema „Hochwasserschutz am Niederrhein“ ergeben hat.

Erlauben Sie mir bitte zunächst einen organisatorischen Hinweis bzw. eine kurze Erläuterung, weshalb der ursprüngliche Veranstaltungsbeginn um eine Stunde verschoben werden musste. Wie Sie dem, der Einladung beigefügten, Programm entnehmen konnten, sollte Herr

Staatssekretär Dr. Schink als erster Redner die Gelegenheit erhalten, aus Sicht des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW zum Thema zu berichten. Aber leider kann Herr Dr. Schink wegen eines kurzfristig anberaumten anderweitigen - für ihn unaufschiebbaren - Termins nicht zum Veranstaltungsbeginn rechtzeitig hier sein. Er hat sein Kommen auf jeden Fall zugesagt und es ist mit ihm fest verabredet, dass er im Verlaufe der Veranstaltung dazu stoßen wird.

Ich begrüße nun sehr freundlich Frau Regierungsdirektorin Dr. Ulrike Nienhaus, Leiterin des Dezernates Wasserwirtschaft bei der Bezirksregierung Düsseldorf, und Frau Oberdeichinspektorin Helga Stulgies, Leiterin des Staatlichen Umweltamtes Krefeld, sowie von der Emshergenossenschaft bzw. dem Lippeverband Frau Dr. Angelika Kraft und Herrn Ekkehard Pfeiffer.

Last but not least – Herr Hans-Georg Haupt, der uns als Vorstandsvorsteher des Isselverbandes hier Rede und Antwort stehen möchte, wird auch wegen einer weiteren terminlichen Verpflichtung voraussichtlich etwas später zu uns kommen.

Ich sage Ihnen allen ein herzliches Dankeschön für Ihre Bereitschaft, uns hier als Referentinnen und Referenten mit sicherlich interessanten Informationen zur Verfügung zu stehen.

In diesen Dank möchte ich selbstverständlich auch die beiden Dezernenten des Kreises Wesel einbeziehen:

- Zum Einen den technischen Dezernenten, Herrn Hans-Joachim Berg, unter dessen Federführung und Verantwortung die Arbeit des Runden Tisches einen guten Verlauf und ein anerkanntes sowie vielbeachtetes Ergebnis erbrachte, womit der Schwerpunkt Planung als abgeschlossen betrachtet werden kann,

- und zum Anderen Herrn Helmut Schult als verantwortlichen Dezernenten für den Bereich Gefahrenabwehr, der nun sozusagen den „Stabwechsel“ zum Schwerpunkt Gefahrenabwehr übernommen hat. Herr Schult wird uns im späteren Verlauf über die weiteren Aktivitäten des Kreises in diesem Themenfeld informieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben bestimmt noch in guter Erinnerung, dass die im letzten Jahr in der Abschlussveranstaltung am 16.06.04 vorgelegten Arbeitsergebnisse des Runden Tisches allseits als beispielhafte Erfolgsgeschichte gewürdigt worden sind.

Der Kreistag des Kreises Wesel hatte sich in seiner Sitzung am 15.07.04 mit diesen Ergebnissen befasst und hierzu einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Kreistag begrüßt das aus der Arbeit des Runden Tisches „Hochwasserschutz am Niederrhein“ hervorgegangene Engagement der Beteiligten zur konstruktiven Zusammenarbeit ausdrücklich und nimmt den Abschlussbericht mit der Gesamtdokumentation des Runden Tisches zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Abschlussbericht und die Gesamtdokumentation des Runden Tisches an die verantwortlichen Stellen im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
3. Der Kreistag appelliert an die Verantwortlichen im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen, den Ergebnissen des Runden Tisches in geeigneter Weise Rechnung zu tragen und fordert sie auf, mit entsprechenden Maßnahmen für deren Umsetzung zu sorgen. Insbesondere sind Maßnahmen zu treffen, die Folgendes gewährleisten können:
  - die Deichsicherheit nach dem jeweils höchsten Sicherheitsstand (Stand der Technik),
  - die weitergehende wissenschaftliche Forschung bei der Verwendung von Bergematerial in der Deichbautechnik,
  - eine weitere Optimierung des Katastrophenschutzes, auch unter dem Aspekt der Bündelung und Vernetzung der vorhandenen Ressourcen im großräumigen Zusammenhang sowie durch eine ständig aktualisierte Datenlage,
  - den finanziellen Ausgleich für bergbaubedingte Schäden und Dauerkosten.
4. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, im nächsten Jahr eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung der Mitwirkenden des Runden Tisches „Hochwasserschutz am Niederrhein“ durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den von mir eben zitierten letzten Punkt des Kreistagsbeschlusses haben wir mit der heutigen Veranstaltung nunmehr umgesetzt.

Aber wie sieht es mit der Umsetzung der im Abschlussbericht des Runden Tisches aufgezeigten Ergebnisse aus?

Hat der eben zitierte Appell des Kreistages an die Verantwortlichen in Bund und Land, den Ergebnissen des Runden Tisches in geeigneter Weise Rechnung zu tragen und die Aufforderung, mit entsprechenden Maßnahmen für deren Umsetzung zu sorgen, auch Früchte getragen?

Gibt es zwischenzeitlich neuere Erkenntnisse und inwieweit haben sich rechtliche Regelungen und Vorgaben geändert?

Ich hoffe und bin auch zuversichtlich, dass wir im weiteren Verlauf dieser Veranstaltung auf diese Fragen aussagekräftige Antworten und darüber hinaus weitere wichtige und interessante Informationen und Hinweise erhalten, die dem – wie ich meine - zu Recht bestehen

dem Informationsbedürfnis aller hier Beteiligten sachgerecht, transparent und nachvollziehbar Rechnung tragen werden.

In diesem Sinne ist noch auf den weiteren Beschluss des Kreistages vom 16. Dezember des letzten Jahres hinzuweisen, in dem im Zusammenhang mit dem Thema „Folgen des Bergbaues“ erneut auch der Hochwasserschutz aufgegriffen worden ist. U.a. hat der Kreistag angesichts der besonderen Situation und beispiellosen Problemlage des Hochwasserschutzes am Niederrhein gegenüber dem Land angeregt, auf der Ebene der Bezirksregierung Düsseldorf eine Koordinierungsstelle zu etablieren, in der die bisherigen, die derzeit laufenden und gfs. künftig notwendig werdenden Aktivitäten, Maßnahmen, Gutachteraufträge etc. zur Deichsicherheit aufgearbeitet werden. Zielsetzung hierfür sollte sein, dass an einer zentralen Stelle alle relevanten Informationen gebündelt und ausgewertet werden, um auf dieser Basis künftige Handlungsnotwendigkeiten transparent und ergebnisorientiert aufzeigen zu können.

Ergänzend wurde das Land gebeten, eine geeignete Hochschule mit der wissenschaftlichen Untersuchung bzw. Grundlagenforschung zu Fragen der Deichsicherheit in von Bergbau betroffenen Bereichen, insbesondere unter Berücksichtigung von Bergematerial, zu beauftragen.

Die damalige Umweltministerin des Landes hat leider auf diese Anregungen des Kreistages nicht geantwortet.

Um so mehr ist aus dem Blickwinkel des Umwelt- und insbesondere des Hochwasserschutzes der zwischen dem Land NRW und dem Bergbau im letzten August gefundene Kompromiss in Form der sog. „Walsumer Verständigung“ zu begrüßen. Hiermit können wesentliche Gefährdungspotenziale, die mit den nun verzichteten Abbauplanungen einher gegangen wären, ausgeklammert werden. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die jüngst vom Kreistag Wesel am 29. September mehrheitlich beschlossene Resolution an die Landesregierung zum Bergbau im Kreis Wesel. – Soweit zur Einführung in das Thema.“

Sodann eröffnete Landrat Dr. Müller den Informationsteil der Veranstaltung und bat zunächst Frau Dr. Ulrike Nienhaus um ihren Bericht.

### **Thema: Planungsrechtliche und wasserwirtschaftliche Aspekte des Hochwasserschutzes**

Frau **Dr. Ulrike Nienhaus**, Leiterin des Dezernates Wasserwirtschaft und Gewässerschutz der Bezirksregierung Düsseldorf, referierte zum Thema planungsrechtliche und wasserwirtschaftliche Aspekte des Hochwasserschutzes. (Der Vortrag sowie hierzu unterstützende Folien sind als **Anlage 1** angefügt.) Neben grundsätzlichen wasserwirtschaftlichen Aspekten und planungsrechtlichen Aspekten nahm Frau Dr. Nienhaus die besondere Situation am Niederrhein infolge des Bergbaues in den Blick ihrer Ausführungen. Des Weiteren bezeichnete sie u.a. als wesentlich für dieses Themenfeld das neu eingeführte Hochwasserartikelgesetz, aus dem sich im Hinblick auf den Niederrhein keine neuen Anforderungen an die Technik des Hochwasserschutzes ergeben würden, jedoch recht durchgreifende Vorgaben für die Bauleitplanung abzuleiten seien. In Folge dieser Anforderungen werde derzeit der GEP Düsseldorf angepasst.

Die sich aus der „Walsumer Verständigung“ ergebenden Änderungen der Steinkohleabbauvorhaben würden dazu führen, dass diesbezügliche Anpassungen des Höhenmaßes von Deichen zukünftig nicht mehr erforderlich seien. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass Zerrungen und nachlaufende Setzungen weiterhin zu beachtende Risiken seien, denen konstruktive Sicherungsmaßnahmen entgegen gesetzt werden müssen.

### **Thema: Deichsicherheit und aktueller Sachstand zu den Sanierungsmaßnahmen an den Rheindeichen**

Als Leiterin des Staatlichen Umweltamtes Krefeld und Oberdeichinspektorin stellte **Frau Helga Stulgies** unter der Überschrift Deichsicherheit und aktueller Sachstand zu den Sanierungsmaßnahmen an den Rheindeichen die derzeitige Situation der Sanierung der Rheindeiche insbesondere im Kreis Wesel dar. (Der Folienvortrag ist als **Anlage 2** beigefügt). Es wurde deutlich, dass seit Beginn der Rheindeichsanierung ab Mitte der 90er Jahre schon ca. die Hälfte der Deiche ertüchtigt wurden und eine Vielzahl von Planfeststellungsverfahren für weitere Sanierungen eingeleitet seien. Seit dem Abschluss des Runden Tisches in Wesel, d.h. in den letzten 1 ½ Jahren, sei ca. 2,4 km Deich in Friemersheim sowie der Deich „Walsumer Rheinaue“ vollständig saniert worden.

Für den Bereich „Stapp“ sei die technische Prüfung der Antragsunterlagen bereits im Sommer 2005 erfolgt. Die Vorplanung für die Anpassung des Emscherdeiches werde noch in diesem Jahr abgeschlossen. Über die exakte Planung werde im Zusammenhang mit der möglichen Verlegung der Emschermündung entschieden werden.

Der Zustand des Deiches in Götterswickerhamm wurde als besonders kritisch herausgestellt, da es hier eine Vielzahl von Schwachstellen gebe. Auf der Grundlage einer umfangreichen Bestandsaufnahme solle jetzt für diesen Bereich die Sanierungsplanung durchgeführt werden. Der Planfeststellungsbeschluss für den Bereich Storchennest werde für 2006 erwartet. Im Gebiet des Bereichs Wesel–Fusternberg (Lippe-Deiche) liege der Planfeststellungsbeschluss schon vor. Die Sanierung könne voraussichtlich 2006 durchgeführt werden.

Für den Bereich Orsoy stehe aktuell der 4. Bauabschnitt an. Ein erster Teil (die Deichtorerneuerung) solle in 2005 abgeschlossen werden. Der weitere Bauabschnitt folge in 2006.

Im Bereich des Deichverbandes Poll habe der Erörterungstermin für die Deichsanierung Buderich im September 2005 stattgefunden, es gehe hier um umfangreiche Maßnahmen mit einigen Sonderlösungen.

Der erste Bauabschnitt der Sanierungsmaßnahmen im Bereich Vynen werde derzeit fertiggestellt. Die Gesamtmaßnahme werde im nächsten Jahr abgeschlossen werden.

### **Thema: Gefahrenabwehr und Öffentlichkeitsarbeit**

Das Thema Gefahrenabwehr und Öffentlichkeitsarbeit wurde vom zuständigen Dezernenten der Kreisverwaltung Wesel für den Bereich Gefahrenabwehr, **Herrn Helmut Schult** vorgestellt (Der Redebeitrag ist als **Anlage 3** angefügt.) Unter dem Motto „Was schlecht ist, muss gut, und was gut ist, muss besser werden“ erläuterte er die Fortschritte beim "Sonderschutzplan Rheinhochwasser", die weitere Aufarbeitung des Themas Kammerung sowie die Einführung des grenzüberschreitenden Katastrophenschutzinformationssystems "VIKING". Dabei seien sowohl hinsichtlich der zugrunde liegenden Daten als auch hinsichtlich der organisatorischen Problemstellungen schon grundsätzliche Fortschritte erzielt worden. Auch die ausreichende finanzielle Ausstattung des Katastrophenschutzes sei in Bezug auf die Rheinhochwasser gesichert. Unter Hinweis auf die in 2004 erarbeitete Informationsbroschüre, die einen wesentlichen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit geleistet habe, teilte Herr Schult des Weiteren u.a. mit, dass derzeit ein Flyer mit Informationen über den Katastrophenschutz erarbeitet werde, der bis Ende des Jahres vorliegen werde. Als weitere wichtige Aspekte für die Optimierung des Katastrophenschutzes wurden von ihm die gute Ausbildung der handelnden Personen sowie die Überprüfung des Ausbildungsstandes durch Übungen benannt. Als weiteren erfreulichen Aspekt stellte Herr Schult dar, dass der Kreis mit der DSK vereinbart habe, jährlich aktuelle Höhenangaben inklusive einer zweijährigen Prognose von möglichen Bergsenkungen erhalte, womit nunmehr ein effektiveres Handeln ermöglicht werde.

Bezüglich der notwendigen Kenntnis zur aktuellen Höhendaten stellte **Frau Otto-Böhm** von der Fachgruppe Umweltkoordination und Planung der Kreisverwaltung ergänzend die sich

aus den nunmehr regelmäßig mit der DSK abgestimmten Höhendaten abgeleitete Höhenkarte (siehe **Anlage 4**) des Kreises Wesel dar.

### **Thema: Hochwasserschutz als Landesaufgabe und darüber hinaus grenzübergreifende Aktivitäten**

Nachdem Herr Dr. Alexander Schink gegen Ende des ersten Teils der Informationsveranstaltung nun eingetroffen war, richtete **Herr Dr. Ansgar Müller** einen ganz besonderen Willkommensgruß an Herrn Dr. Schink, der heute in seiner neuen Funktion als Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW zum Thema aus der Sicht des Landes informieren werde.

Zugleich bedankte Herr Dr. Müller sich ausdrücklich bei Herrn Dr. Schink dafür, dass er seine ursprüngliche Zusage für sein Kommen - seinerzeit noch in der Funktion als Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW - auch nach seinem danach erfolgten Wechsel als Staatssekretär in das MUNLV aufrecht gehalten habe.

**Herr Dr. Müller** führte aus, dass die Verwaltung eigentlich Herrn Dr. Schink die Moderation für diese Veranstaltung – in seiner bewährten Manier – angetragen hatte, aber durch seinen zwischenzeitlichen beruflichen Funktionswechsel er heute hier als maßgebender und kompetenter Vertreter der Landesregierung für Informationen und Diskussionen zum Hochwasserschutz zur Verfügung stehe. Und hierüber äußerte sich Herr Dr. Müller besonders froh – denn Herr Dr. Schink habe den gesamten Diskussionsprozess des Runden Tisches in eigener Anschauung nicht nur miterlebt, sondern in seiner neutralen Moderatorenfunktion mitgestaltet und maßgeblich zu den anerkannten Ergebnissen beigetragen. Hierfür dankte er Herrn Dr. Schink nochmals sehr herzlich.

Sodann stellte der Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, **Herr Dr. Alexander Schink** die Auffassung der neuen Landesregierung zum Thema: "Hochwasserschutz als Landesaufgabe und grenzübergreifende Aktivitäten" dar. (Der Redebeitrag ist als **Anlage 5** angefügt.) Als ehemaliger Moderator des Runden Tisches Hochwasserschutz betonte Herr Dr. Schink, dass die Aktivitäten und Ergebnisse des Runden Tisches im Kreis Wesel für das Land NRW beispielhaft seien. Die von seinen Vorrednern dargestellten Fortschritte seien als Resultat der erzielten weitgehend konsensual getragenen Zielvorgaben des Runden Tisches zu werten. Aus dieser Erfahrung heraus wolle sich Herr Dr. Schink für eine Verschiebung der Prioritätensetzung der Landespolitik beim Gewässerschutz einsetzen. Die neue Landesregierung werde das Thema Hochwasserschutz mit neuer Intensität behandeln, es gebe in NRW durchaus Nachholbedarf beim Hochwasserschutz. Lag die Priorität bisher eindeutig bei der Gewässerrein

haltung, so soll nun der Schutz vor Hochwässern und die damit verknüpfte Förderung von Retentionskonzepten und Renaturierungsmaßnahmen mit erster Priorität betrieben werden. In Kürze werde die Landesregierung den Entwurf für ein neues Hochwasserschutzgesetz vorlegen.

Herr Dr. Schink verwies auch auf die wegweisende Bedeutung des Runden Tisches für die mit der DSK geschlossene "Walsumer Verständigung". Der Verzicht auf den Abbau unter Deichen sei als eine Kernforderung des Runden Tisches nun umgesetzt. Dass diese Vereinbarung für Viele weit hinter den für erforderlich erachteten Einschränkungen des Bergbaus zurückgeblieben sei, könne aus seiner Sicht auf die starke Rechtsposition des Bergbaubetreibers zurückgeführt werden. Das was in den Verhandlungen mit der DSK erzielbar war, sei auch erzielt worden. Das Land betrachte die Ergebnisse als Erfolg, da sowohl dem Aspekt „Arbeitsplätze“ als auch dem Aspekt „Kein Kohleabbau unter dem Rhein“ Rechnung getragen werden konnte. Im Übrigen habe das Land mit den Bürgerinitiativen verabredet, ein Monitoring zu den Abbaufolgen und zur Risikoabschätzung durchzuführen.

Hinsichtlich des Hochwasserschutzkonzeptes des Landes NRW sicherte Herr Dr. Schink die konsequente Fortführung zu. Die Landesregierung gehe bei dieser Überlegung davon aus, dass im Zuge des Klimawandels mit einer Verschärfung der Hochwasserereignisse gerechnet werden könne. Folgende Punkte stünden im Hochwasserschutzkonzept des Landes für das künftige Handeln im Vordergrund:

- Deichsanierung:  
Bisher seien Sanierungen von 94,1 km Flussdeichen mit einem Kostenvolumen von 277 Mio. Euro durchgeführt worden, wovon 221,6 Mio. Euro vom Land getragen wurden. Für weitere 125 km bestehe derzeit noch Sanierungsbedarf.
- Deichrückverlegung:  
Die geplanten Maßnahmen zur Deichrückverlegung sind weitgehend abgeschlossen und werden sich zukünftig nur noch auf kleinere Maßnahmen beschränken. Eine im Bereich der Stadt Düsseldorf geplante Maßnahme muss voraussichtlich aufgegeben werden.
- Sekundäre Rückhalteräume/Polderung (für den äußersten Notfall):  
Die Landesregierung sehe in Zusammenarbeit mit dem Deichverband im Bereich Orsoy-Land Chancen, einen steuerbaren Hochwasserrückhalteraum einzurichten. Damit könne ein Hochwasserstand um 14 cm gesenkt, auf 10 km eine zweite Deichverteidigungslinie geschaffen und letztlich besonders die Stadt Rheinberg effektiv geschützt werden. Für die Maßnahme spreche auch die recht dünne Besiedlung des in Frage kommenden Bereiches.



- Zuflüsse des Rheins:  
Das Land sei bemüht, möglichst umfassend Überschwemmungsgebiete zu ermitteln und auszuweisen. Bisher seien über 3.000 km Fließstrecke nachgeordneter Gewässer noch nicht unter diesem Aspekt betrachtet worden. Besonderes Augenmerk werde auf die Mittelgebirgstäler und dort bestehende Retentionspotentiale gelegt werden. Es werde eine grundlegende Ergänzung der bisher vorliegenden Hochwasseraktionspläne (zukünftig Hochwasserschutzpläne) geben. Auf dieser Grundlage werde das Land auf die Kommunen einwirken, um die bisher unbefriedigende Beachtung dieser Pläne auf örtlicher Ebene zu überwinden.
- Hochwassergefahrenkarten:  
Solche Karten seien nun landesweit erarbeitet worden und würden bald alle Bürger in die Lage versetzen, sich über eventuelle Betroffenheiten zu informieren.
- Hochwasserprognose:  
Es werde intensiv an einer Verbesserung der Prognosegenauigkeit und der Vergrößerung der Vorwarnzeiten gearbeitet. Es sei bald mit deutlichen Verbesserungen zu rechnen.
- Renaturierung:  
Die Renaturierung von begradigten Gewässern soll - insbesondere im Flachland - forciert werden. Den Gewässern solle mehr Raum gegeben werden.

Herr Dr. Schink führte aus, dass über diese Punkte die parlamentarische Diskussion demnächst geführt werde. Er betonte, dass sich diese Ziele an der Haushaltslage des Landes messen müssen, aber die Finanzierung soll wie in der Vergangenheit möglich bleiben. Die angedachten Planungen des Landes würden in den kommenden fünf Jahren Hochwasserschutzmaßnahmen in Höhe von 1 Mrd. Euro beinhalten. Abschließend machte er deutlich, dass nicht alles von heute auf morgen umgesetzt werden könne, insbesondere umfangreiche Deichsanierung bedürfen langer Zeiträume. Dabei müssten aber die besonderen Gefährdungslagen im Blick gehalten werden.

### **Fragen an die Referenten**

In einer ersten Fragerunde zu den vorangegangenen Themenfeldern wurden folgende Punkte angesprochen. Mit Blick auf die knappe Zeit sicherte Herr Dr. Müller zu, dass Fragen gfs. nachgereicht und in Zusammenarbeit mit den Referenten beantwortet werden können.

Im Namen der drei linksrheinischen Bürgerinitiativen stellte **Herr Pucher** Definitionsfragen zur „Walsumer Verständigung“, z.B. was unter neuen Abbauplanungen zu verstehen sei und was gemeint sei mit „unter dem Rhein“ – bei Niedrig- oder bei Hochwasser? Darüber hinaus fragte Herr Pucher, ob es weitere, über die in der Walsumer Verständigung hinaus genannten, Abbaufelder gebe. Außerdem stellte Herr Pucher fest, dass die Untersuchungsergebnisse zum Thema Kammerung bislang noch nicht den Bürgerinitiativen vorgestellt worden seien. Abschließend wies er darauf hin, dass die Auswirkungen des Salzabbaues im Kontext zum Hochwasserschutz viel zu wenig berücksichtigt seien.

**Frau Steindor** wies darauf hin, dass das neue Artikelgesetz zum vorbeugenden Hochwasserschutz das Land in die Pflicht nehme, gesetzliche Änderungen bei der Verantwortlichkeit des Hochwasserschutzes vorzunehmen. Es müsse aus ihrer Sicht eine Novellierung des Hochwasserrechtes erfolgen.

**Herr Henne** zeigte sich erfreut, dass die neue Landesregierung dem Hochwasserschutz die erste Priorität einräume. Er wolle dennoch die Sorgen der Rheinberger Bürger verdeutlichen, die insbesondere mit dem Abbaufeld LK 75 im Bereich von Orsoy einhergingen. Diese Bauhöhe beginne 25 m vor der Rheinuferlinie, so dass von einer Beeinträchtigung des Deiches auszugehen sei. Bereits in der Vergangenheit seien schon Schäden eingetreten. Herr Henne äußerte die Bitte an die Verantwortlichen, sich hiermit ausführlich zu befassen und den Abbau so zu steuern, dass die Rheinberger Bürger nicht betroffen werden.

Nach Auffassung von **Herrn Schwerdt** müsse der Deich insgesamt als Kette gesehen werden. Diese Kette sei so sicher, wie es deren schwächstes Glied zulasse. Unter Hinweis auf frühere Hochwässer in 1795, 1855 und 1926 führte Herr Schwerdt aus, dass solche vergleichbaren Hochwässer heute das Land überfluten würden. Ein sofortiger Stopp des Kohleabbaues am Niederrhein würde dem Hochwasserschutz enorm entgegenkommen.

**Herr Feldmann** stellte die Frage nach der Anzahl der heute im Katastrophenschutz vorhandenen Rettungsboote. Darüber hinaus begrüßte er die Ausführungen von Herrn Dr. Schink bezüglich der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, wonach damit nunmehr die Gefahrengebiete festgelegt werden können. Zugleich fragte er nach den Grundlagen für diese Karten. Als Ergänzung zum Wortbeitrag von Frau Steindor trug Herr Feldmann Ausführungen über nachhaltige Gefahrenminderung am Niederrhein (siehe **Anlage 6**) vor.

**Herr Eisenlohr** stellte fest, dass sich durch alle Vorträge heilende Maßnahmen und die Nachsorge wie ein roter Faden ziehen. Aber die Behörden seien doch gehalten, Vorsorge zu

treffen. Dennoch würden immer noch risikoe erhöhende Maßnahmen zugelassen und Sicherheitsmaßnahmen müssen dann getroffen werden.

**Herr Friedrichs** verdeutlichte, dass die Bürgerinitiative Bergbaubetroffener einerseits zwar zum großen Teil mit dem Ergebnis der „Walsumer Verständigung“ zufrieden sei, aber andererseits noch den extrem kritischen Bereich LK 75 sehe. Anhand einer Kartendarstellung erläuterte er die sich aus den verschiedenen Abbauplanungen ergebenden negativen Auswirkungen für die rechte Rheinseite. Des Weiteren appellierte er, mit dem Abbau LK 90 noch nicht ab 2006 zu beginnen. Aus seiner Sicht dürfe LK 90 erst eine Abbaugenehmigung bekommen, wenn über alle Risiken Klarheit bestehe.

**Herr Behrens** fragte nach der Möglichkeit der Kostenübernahme für Risikominimierungen nach dem Bundesberggesetz. Außerdem wies er auf die Problematik der mit Bergematerial gebauten Deiche hin. Des Weiteren vertrat er die Auffassung, dass im Hinblick auf den gefährdeten Fluchtweg A 57 zunächst erst entsprechende Maßnahmen zu treffen wären, bevor eine weitere Tieferlegung des Geländes erfolge. Im Zusammenhang mit der „Walsumer Verständigung“ sah er die Zielabwägung der Landesregierung hinsichtlich der Arbeitsplätze als Rechtfertigung für die eintretenden Kohleabbauschäden als nicht vertretbar. Des Weiteren fragte er, warum die Einleitung von PCB in Grubenwässern des Bergwerks West nicht unverzüglich beendet werden.

**Herr Gatermann** verwies auf ein Schreiben, das er kürzlich von Herrn Minister Uhlenberg persönlich erhalten habe, wonach die Verantwortlichkeit für den Hochwasserschutz nicht eindeutig gesetzlich geregelt sei und er frage sich, wo die Verantwortlichkeit denn liege.

**Herr Dr. Lohe** erinnerte, dass der Kreis zwischenzeitlich selbst die Höhendaten für die Deiche ermittelt habe. Er bat darum, diese Daten zur Verfügung gestellt zu bekommen. Darüber hinaus sprach er mögliche Fluchtwege im Rheinberger und im Alpener Bereich an und fragte nach Vorplanungen und evt. Finanzierungen der notwendigen Aufhöhungen. Nach seiner Auffassung sollte der Verursacher herangezogen werden.

Abschließend verwies **Herr Kirsch** nochmals auf die im letzten Jahr im Rahmen der Ergebnisse des Runden Tisches formulierten allgemeinen Thesen. Dabei wurde die These „Kein Kohleabbau unter dem Rhein“ von den Städten Moers, Neukirchen-Vluyn und Kamp-Lintfort nicht mitgetragen. Er fordere diese Städte auf, ihre Einwendungen zurückzunehmen. Außerdem rege er an, dass das Land auf diese Kommunen bzgl. des vorbeugenden Hochwasserschutzes mehr einwirken müsse.

Zu den Fragestellungen bezüglich der "Walsumer Verständigung" führte **Herr Dr. Schink** aus, die Abwägung von Anforderungen des Bergbaubetriebs gegen die sich aus diesem nur noch kurzfristigen Betrieb ergebenden Ewigkeitsschäden sei für die neue Landesregierung ein schwieriges Problem. Dabei sei die starke rechtliche Position des Bergbaus ebenso zu bedenken, wie die aktuellen Auswirkungen auf Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund konnte die Beendigung der Bergbautätigkeit des Bergwerkes Walsum nicht von Heute auf Morgen erreicht werden, auch wenn die dargelegte Problematik erkannt sei. Die Walsumer Verständigung sei ein Kompromiss auf freiwilliger Basis. Er sei so zu verstehen, dass neben den bisher benannten Bauhöhen auch keine weiteren Bauhöhen unter den Deichen des Rheins bzw. unter dem Deich geführt werden können. Da die Bauhöhe 75 im Flöz LK bereits weitestgehend geplant und genehmigt gewesen sei, sei deren Abbau nicht zu verhindern gewesen.

Die Definition der überschwemmungsgefährdeten Gebiete erläuterte **Herr Dr. Schink** dahingehend, dass sich die Abgrenzung der überschwemmungsgefährdeten Gebiete aus dem errechneten einhundertjährigen Hochwasser ergebe. Es werde in 2006 einen Gesetzgebungsvorschlag der Landesregierung geben, der u. a. das Ziel verfolge, eine Anpassung des Landesrechts an die aktuelle Hochwasserschutzgesetzgebung des Bundes zu erreichen.

**Frau Dr. Nienhaus** stimmte dem Vergleich von Herrn Schwerdt bezüglich der Deichsicherheit entsprechend dem schwächsten Glied einer Kette zu und bekräftigte, dass dies bei der Prioritätssetzung für die Sanierung berücksichtigt werde. **Frau Stulgies** bestätigte, dass der Bereich Kuiksgrind, auf den hier angespielt werde, als Schwachpunkt erkannt sei und baulich (Zerrungssicherung und Zerrungsdetektion) ertüchtigt werde.

Dem Hinweis auf die extrem hohen Wasserstände bei historischen (1795/1855/1926) Hochwasserereignissen stimmte **Frau Stulgies** zu. Es handele sich aber durchaus um mit den letzten großen Hochwässern vergleichbare Wassermassen, die seinerzeit abgeleitet worden seien. Da sich das Rheinprofil deutlich verändert (aufgeweitet) habe, würden heute bei gleicher Hochwassermenge niedrigere Pegelstände eintreten.

Auf die Frage nach der Anzahl verfügbarer Rettungsboote antwortete **Herr Schult**, die Anzahl der Boote sei unverändert und die Beschaffung weiterer Boote sei geplant. Hierfür seien Mittel beim Innenministerium beantragt. Vor dem Hintergrund der Anstrengungen mit dem

Ziel tragfähigen Katastrophenmanagements und zeitgerechter Evakuierungsplanungen sei die Bedeutung von Rettungsbooten jedoch nachrangig.

Zu dem Thema der Einleitung von PCB in die kleine Goorley führte **Herr Dr. Schink** aus, dass diese Einleitung vor dem Hintergrund bestehender Genehmigungen und tatsächlicher Anforderungen des Bergwerksbetriebes nicht kurzfristig beendet werden könne. Das Land bemühe sich um eine Begrenzung des Schadstoffaustrages und um die Behandlung des belasteten Wassers. Grundsätzlich seien die rechtlichen Vorschriften für solche bergbaulichen Abwässer anders als solche für private Einleitungen.

Auf die Frage der Verantwortlichkeit für den Hochwasserschutz führte **Herr Dr. Schink** aus, dass das Land grundsätzlich seinen Anteil an der Verantwortung für die Deiche trage. Dies schließe aber nicht aus, dass auch die Deichverbände und die betroffenen Bürger für ihren Teil der Verantwortung einstehen müssen. Das bestehende System funktioniere gut und solle auch nicht verändert werden.

Die Frage, was getan werde, um mögliche Fluchtwege/Sammelpunkte (Beispiel Parkplatz "Leucht" an der A 57) hochwasserfrei zu halten/machen, beantwortete **Herr Schult** wie folgt. Sofern sich erweise, dass bestimmte Fluchtwege nicht mehr hochwasserfrei wären, sei die Forderung, die Straßen wieder in einen hochwassersicheren Zustand zu bringen, gegenüber dem jeweiligen Straßenbaulastträger zu erheben. Dies wäre im wesentlichen der Bund, der dann auch die Heranziehung des Verursachers zu prüfen hätte.

### **Vorstellung der Hochwasseraktionspläne für die Emscher, Lippe und Issel**

Nachdem **Herr Dr. Müller** die erste Fragerunde schließen konnte, leitete er auf den zweiten Komplex der Veranstaltung über. Dabei wies er darauf hin, dass sich die damaligen Diskussionen des Runden Tisches schwerpunktmäßig auf die Hochwasserproblematik des Rheins bezogen haben. An dieser Stelle solle aber auch auf evtl. mögliche Hochwasserereignisse an anderen Fließgewässern im Kreis Wesel, so an Emscher, Lippe und Issel, eingegangen werden. Auch wenn solche Ereignisse im Vergleich zur Problematik eines Rheinhochwassers im Extremfall zwar keine so gravierenden Auswirkungen befürchten lassen, so haben aber auch an diesen Flüssen entsprechende gegensteuernde Maßnahmen eine große Bedeutung. Diese Flüsse mit ihren seitlichen Einzugsbereichen tangieren wesentliche Bereiche des Kreises, die auch wichtige landwirtschaftliche Funktionen erfüllen. Deshalb hielt Herr Dr. Müller es für wichtig und richtig, auch die Situation in den Einzugsgebieten von Emscher,

Lippe und Issel zu beleuchten und hier entsprechende Informationen zu erhalten. Er dankte deshalb Frau Dr. Angelika Kraft und Herrn Ekkehard Pfeiffer von der Emschergenossenschaft bzw. dem Lippeverband sowie Herrn Hans Georg Haupt als Vorstandsvorsteher des Isselverbandes für Ihre Bereitschaft, entsprechende Erläuterungen zu geben.

Die **Hochwasseraktionspläne für die Lippe und Emscher** werden in einem Vortrag von **Herrn Ekkehard Pfeiffer**, Gruppenleiter Wasserwirtschaft bei der Emschergenossenschaft bzw. Lippeverband, Essen, ausführlich vorgestellt. (Der Folienvortrag ist als **Anlage 7** angefügt.) Herr Pfeiffer betonte, dass bei diesen Planungen folgende Ziele verfolgt wurden:

- Informationslage verbessern
- Schadensrisiko mindern
- Hochwasserstände senken
- Bewusstsein für Hochwasserproblematik schärfen.

Auf die Besonderheiten der Fließgewässer und die sich daraus ergebenden spezifischen Anforderungen an Datenerfassung und Maßnahmenplanung wurde eingegangen. Herr Pfeiffer berichtete über ein Stabsübung in Lünen, deren Szenarien auf den im Aktionsplan ermittelten Erkenntnissen basierte. Neben der Erkenntnis, dass diese Daten als belastbar erscheinen, leitete Herr Pfeiffer auch die Erkenntnis ab, dass derartige Übungen unverzichtbar seien.

Anschließend stellte der Vorstandsvorsteher des Isselverbandes, **Herr Hans-Georg Haupt**, den **Hochwasseraktionsplan für die Issel** vor. (Der Folienvortrag ist als **Anlage 8** beigefügt). Herr Haupt erklärte, dass die Zielsetzung dieses Planes identisch mit denen für Lippe und Issel sei. Auch hier sei die besondere geographische Situation (Gefällearmut, bautechnisch nicht qualifizierte Deichkörper) sowohl hinsichtlich der Datenerfassung als auch hinsichtlich der konkreten Maßnahmenplanung eine schwierige Vorgabe gewesen. Hinderlich sei der mangelnde Ortsbezug des zuständigen StUA Herten gewesen. Als Quintessenz sei festzustellen, dass an der Issel katastrophale Hochwasserereignisse ausgeschlossen werden können. Falls es nicht gelänge, die meist nur kurzfristigen Hochwasserwellen abzuleiten, werde es an verschiedenen Stellen zu Ausuferungen kommen und hierbei Objekte gefährdet werden, wobei Maßnahmen des Objektschutzes durchaus machbar erscheinen (Beispiel Ringenberg). Derzeit fehle noch eine Hochwassergefahrenkarte, deren Finanzierung noch umstritten sei, die zur Information der Bevölkerung aber als unerlässlich erscheine.

## Fragen an die Referenten

Auf die Frage von **Herrn Bovenkerk**, was getan werden könne, damit die im Hochwasseraktionsplan dargestellten Retentionsräume (Auskiesungsbereiche und landwirtschaftliche Flächen) entlang der Issel ausreichend ergänzt würden, führte **Herr Haupt** aus, dass nach überschlägiger Einschätzung eine weitere Entlastung oberhalb der Bärenschleuse sinnvoll sein könne.

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Unfall am Dortmund-Ems-Kanal bat **Herr Abelt** um Erläuterung, warum die Prognose für das Lippehochwasser in diesem Fall so stark von der Realität abweichend war. **Frau Dr. Kraft** führte hierzu aus, dass vom schlagartigen Entleeren des Kanalwassers in die Lippe ausgegangen werden musste. Glücklicherweise sei dies aber nicht eingetreten, so dass die Hochwasserwelle nahezu ausblieb. Die Abflussberechnungen für den Worstcase und damit auch die Prognose mit der Konsequenz einer Teil-Evakuierung seien somit durchaus richtig gewesen und haben bewiesen, dass man in solchen Fällen entsprechend reagieren könne.

**Herr Feldmann** bat um Erläuterung, ob im Bereich der Issel durch die sich ändernden Klimaverhältnisse mit Problemen zu rechnen sei. Hierzu antwortete **Herr Haupt**, dass im Bereich der Issel man mit dem Leben müsse, was vorgefunden werde. Es werde darauf ankommen, in Zukunft verstärkt und gezielter als bisher Retentionsräume zu nutzen. Unter diesen Voraussetzungen würden auch schwierigere Situationen, als die bisher bekannten, bewältigt werden können.

**Herr Kirsch** sprach die Schadensbewertung für Häuser nach einem Hochwasserstand an. Aus seiner Sicht müsse hierbei die Summe aller Häuserschäden für die DSK als Altschäden berücksichtigt werden.

## Schlusswort

Zum Abschluss der Veranstaltung zog Herr Landrat Dr. Müller aus seiner Sicht ein Fazit wie folgt:

„Effektiver Hochwasserschutz ist keine Aufgabe, die irgendwann erledigt ist. Im Gegenteil: Der Schutz von Menschen und Gütern bedarf einer detaillierten Planung und Organisation. Es muss ständig trainiert, analysiert und verbessert werden. Und damit dies auch gelingt, müssen die Gefahren, die mit Hochwasser und Flutkatastrophen verbunden sind, im Be

wusstsein verankert sein. Auch diese Veranstaltung heute sollte ein Stückchen dazu beitragen.

Darüber hinaus sollte sie dazu beitragen, mit dem Austausch von neuen Erfahrungen und Informationen für weitere Transparenz und Akzeptanz des behördlichen und verbandlichen Handelns beim Hochwasserschutz zu sorgen.

Ich meine, dass wir diesen Zielanspruch erfüllen konnten.

Auch für die Zukunft halte ich den Austausch von Erfahrungen und neuen Informationen für dringend geboten, um das Risikobewusstsein auch weiterhin zu schärfen. Denn hundertprozentigen Schutz vor Hochwasser gibt es nicht.“

Verbunden mit dem Dank an alle Mitwirkenden wurde die Veranstaltung durch Herrn Landrat Dr. Müller gegen 18.50 Uhr geschlossen.

Im Auftrag

  
Langenberg



# Anwesenheitsliste

## „Hochwasserschutz am Niederrhein“ Informationsveranstaltung

**Datum:** Dienstag, 18. Oktober 2005

**Ort:** Kreishaus Wesel, großer Sitzungssaal (Raum 008)  
Reeser Landstr. 31, 46485 Wesel

**Beginn:** 15.00 Uhr

**Ende:** 18.50 Uhr

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Behörde/Institution (Anschrift)
1	Prott, Heinz Walter	FBI, Kamp-Lintfort VWV Kreis Wesel
2	Neubahn, Marianne	VWG Kreis Wesel
3	Reichow, Uwe	SPD-Fraktion Kreis Wesel
4	Schwelt, Daniels	SPD-Fraktion Kreis Wesel
5	Fischer, Hellmut	SPD-4T-Fraktion Wesel
6	Mooij, Johan	BSKW, Wesel
7	GIEZSCH, HANS-JOACHIM	GEM. KÜNKE
8	SADLO, ANDREAS	BR D, Dez 62
9	Blinde, Julia	BRD, Dez. 62
10	Bischoff, Rainer	BR D, Dez 62

11	HASSLBERG, UDO	BA D'ack / 54
12	Buschhäker, Erik	STUA Krefeld
13	Bovenkerk, Udo	MdK CDU-Fraktion
14	Nabhetfeld, Michael	MdK CDU-Fraktion
15	Epmann, Klaus	Kreis Wesel, FB 62
16	Otto-Böhm, Christiane	Kreis Wesel, Töbe
17	Franken, Georg	"
18	Dr. Schmitz, Hans-Georg	CDU-Kreisrat, Kreis Wesel
19	Huket Küch	GRÜNE KT Wes
20	Bovenkerk, Jürgen	Deutscher Fliesen
21	Hütting, Jörg	Hülsherr
22	Winterberg, Christel	Grüne Fraktion KT - WES
23	Hanke-Beeren, E.	Grüne Fraktion Kreis Wesel
24	WITTKOPF, KLAUS	LOKALE FRAGENDEN DES
25	Langenfortt Hans-Dieter	DV Makram Deichgraf
26	Kirsch Dieter	HSV-N

27	Steindor, Angelika	HSV - N
28	Feldmann, H. Peter	HSV - N
29	Klein-Hitpaß Helmut	Stadt Wesel
30	Gerd Jetermann	privat
31	H. G. ...	KTM
32	Ch. ...	TWW 14 B
33	M. ...	Fw KBM
34	L. ...	Stadt Dinslaken
35	Vasen Ingrid	Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 22
36	Noth, Hermann	BI Effektiv Hochwasserschutz
37	Pucher, Dietmar	BI EFFETIVIER HOCHWASSERSCHUTZ
38	Dr. Steindor, Christopher	HSV - N
39	Kiedrich, Hagen	DV Rees-Löwenberg
40	Fraling, Monika	Stadt Kamp-Lintfort Amt 61
41	Werner, André	Feuerwehr Wesel
42	Friedhoff, Rudolf	Feuerwehr Wesel

43	Helmut Kluitmann	Stadt Wesel - ASB -
44	Gerd Abelt	Gem. Schumburg
45	Bernhard Schloß	Deichverband Kanten-Kleve
46	IRMGARD SCHLIENK	GEMEINDE SCHERMBECK
47	Wolfgang Kache	DV Mehrum
48	Wolfgang Hülsen	Flümmel Tal
49	Blüge - Boykser	Stadt Kerde
50	Viktor Pappas	DV Ensey
51	Jürgen - D. Hampf Rosenweg 10 46569 Hünxe	Frz. Heugst Bürger in Wundersbürg <sup>Past</sup>
52	Dieter Grootens	Stadt Kerde - 60-
53	Johann Hölz	Mitglied Kreistages Wesel
54	Heinrich Vahnembruch	Mitglied des Kreistages Wesel
55	Klachten, Ludwig	Deichverband Poll
56	Lenvent, Monika	Stadt Moers Amt 64
57	Lerch, Karl Werner	KTM
58	Brügesch, Bodo	Stadt Kamp- Lintford

59	Wolfgang Rehbinder	MLVME
60	Heiße, Thomas M.	FDP Freistagsfraktion
61	Dr. Frisch, Klaus-P.	IHK
62	Matz	Solvus
63	Viemcken	LINEG
64	Rogalli	Kreis Wesel
65	Underberg	
66	Band Schöfeld	WST) Wost
67	Winkelmann, Markus	Bez.-Reg. Arnsberg Abt. Bergbau + Energie NRW
68	Dronia, Wolfgang	"
69	HERHOLD SCHWENKE	DV Poll
70	Wolff Uggem-Rhein	' '
71	Ulf Tresele	StHA Herten
72	HROMEK, Johannes	DV-Walsum
73	BRÖGGER	" "
74	Weitsehach	Bürger

75	Esser, Klaus	Bürger
76	Henne, Klaus-Dicko	Stadt Rheiberg
77	Souren, Karin	u u
78	Friedrich, Klaus	B13
79	Franzkowiak, Helga	B90/Grüne
80	Lang, Helmut	SGB
81	Himmelmann, Steffen	Stadt Vordle
82	Dohlen, Silke	"
83	ICESICKI WALDEMAR	STADT AUISBURG
84	Lohse, Peter	SGB
85	Eisenlohr, Volker	SGB
86	Schwerdt, Johannes	SGB
87	Behrens, Ulrich	SGB
88	Ahls, Thomas	Gem. Alpen
89	Greilmann, Ulrich	Gemeinde Alpen
90	Roth, Markus	DSK

91	Eschmant, Jürgen	DSK
92	Pfeiffer, Ekkehard	LV
93	Kraus A. Angelika	Lippeverband
94	Berg, H.-J.	Kreis Wesel
95	Dr. Müller, Ansgar	Landrat
96	Dr. Schink, Alexander	Staatssekretär MUMLV
97	Stalgies, Helga	STUA Krefeld
98	Dr. Niemann, Ulrike	Bz - Regierung Städt
99	Haupt, Hans-Georg	Jesselverband
100	Schult, Helmut	Kreis Wesel, Dez. I
101	Patzelt, Gerd	Kreis Wesel
102	Cremers, Johannes	" " , FBL 32
103	Stockhausen, Paul	" " , FGL-32-1
104	Scholber, Dieter	" " , FBL 60
105	Rittmann, Willi	" " , FGL 60-1
106	Wegner, Martin	" " , FGL 60-5
107	Langhoff, Hans-Jürgen	" " , FGL 60-2
108	Rassier, Ulrich	" " , FG 32-1
109	Eickelkamp, Klaus	" " , FG 60-1
110	Langenberg, Edeltraud	" " , FG 60-1